EP-FK-4 EP-FK- C – Was Frieden schützt

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	11.09.2023
Tagesordnungspunkt:	3. Änderungsanträge

Text

Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat gezeigt: Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt Europäische Union herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Freund*innen haben wir diese Herausforderung angenommen – und halten stand.

Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt immer autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung infrage. Chinas Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht faire Mitsprache und einen gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.

Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam mit den Folgen der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr deutlich: Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen, um Europa in der Welt sicherer zu machen.

Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es in der Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Es hat bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt und mit einer Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten, unsere Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische und wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel durch Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa, das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft behauptete Widerspruch ist keiner.

Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem wertegeleiteten und fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss aktiv um Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit fördern.

Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in der Außenpolitik umfassend vertreten sind.

Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden, unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei muss die EU auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen für eine klimagerechte Entwicklung leisten.

Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben militärische Maßnahmen für uns Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt rückt – und auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik ist Teil des europäischen Versprechens.

Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und Hoffnung gibt. Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt beantwortet worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des ukrainischen

Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die europäischen Werte erbringt.

Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die eigenen Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

1. Eine europäische Außenpolitik

Gemeinsam außenpolitisch handeln

Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann. Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen die bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter Diplomat*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie Visafragen, Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften bündeln.

Das Klima global schützen

Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und Wasser.

Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung des CO2-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern

abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte Energiewende. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.

Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg aus fossilen Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein verbindliches globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich an der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub kann dabei eine zentrale Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum voranzutreiben. Mit der geplanten Strategie für Klimaaußenpolitik kann die Bundesregierung Deutschland zum Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

Global Gateway zum Erfolg bringen

In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das chinesische Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländern eine Alternative zur chinesischen Politik anbietet, die durch starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.

Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz der Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.

Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit substanziellen Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms weltweit und innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen Sondergesandten dafür einrichten. Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Partnerländern nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten.

Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Zudem muss die EU-Kommission die Kohärenz und eine größere Transparenz bei der Auswahl der strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung sicherstellen.

Internationale Organisationen stärken

Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine überragende Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen.

Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits begonnen hat, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen, um angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen. Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

Menschenrechte weltweit verteidigen

Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen. Wir setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger*innen. Wir wollen die Fördermöglichkeiten ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell stabilisieren und zugänglicher machen.

Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der Globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von gezielten Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind.

Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum

Schutz von Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu gehört etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte. Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung sind Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen der EU deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und Mädchen bei allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für Gender und Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte zur Förderung von Frauen bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen und

reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

2. Eine europäische Sicherheitspolitik

Europa gemeinsam verteidigen

Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, desto besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische Verteidigungsfähigkeit sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind dafür maßgebend.

Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit einer starken parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig. Wir wollen die gemeinsame EU-Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum Beispiel bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und personell. Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, einer kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst werden, dass die Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert werden.

Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern in großem Maßstab. Unser Ziel ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es finanzieller Anreize und Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das bisher nicht im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres Finanzinstrument schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den

gesamten militärischen Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung bis hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission Standardisierung, Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame Einsatzfähigkeit von Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten muss die Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.

Rüstungsexporte europäisch regulieren

Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen Waffensystemen schafft mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie auch den Druck, die Waffensysteme an Drittstaaten zu exportieren, und ist somit auch ein Beitrag für eine gemeinsame wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es einheitliche und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben. Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen dabei vorgeschrieben werden. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum schrittweisen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben und Tod trifft.

Konflikten vorbeugen

Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.

Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe wollen wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren. Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen zu achten.

3. Globale Gerechtigkeit

Verlässliche Partnerin sein

Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern als Autokratien. Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Dafür stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.

Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des

Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem den bedürftigsten Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser Klimaabkommens beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument gegen Armut.

Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im entwicklungspolitischen Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende Koordinierung, Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen, setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament wollen wir in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

Ernährung global sichern

Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung beitragen.

Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich tragfähige und ökologisch nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische Agrarsubventionen, patentiertes Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen und Märkte in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten schaffen. Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr unter Druck. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für striktere Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in der EU verboten sind, wollen wir beenden.

Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

Globale Verantwortung annehmen

Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und ehemaligen Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich ihrer

historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür braucht es eine antirassistische Perspektive.
Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich evaluieren und weiterentwickeln.
Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu muss auch ein bei den UN angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten unter Einbezug von privaten Gläubiger*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass europäische Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter einschränkt.

4. Fairer Handel

Mit Handel Wohlstand schaffen

Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Wohlstand mehren. Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche Säule trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen Handel ab. Es ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

Handelsinstrumente neu ausrichten

Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie dieser Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Klima- und Umweltschutz, Zugang zu

Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine faire Entwicklung in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen daher verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien, den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN, die sich ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden. Im Falle eklatanter Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser Klimaabkommen, sollte die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen aussetzen. Das kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein Vorbild für einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen Technologien und wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.

Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem sie die Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in ihren Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies erfordert eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen, Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler Binnenmarkt.

Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor Beginn der Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam mit dem Rat der EU bestimmen.

Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den fairen Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten Staaten einen offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von Handelspartnern wehren kann.

Im Einklang mit dem Klima handeln

Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl entstehen können.

Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um eine faire CO2-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem zu ergänzen und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie, indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-Investitionsverträge. Der Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel, die gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

Auf faire Partnerschaften setzen

Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die Gesetze zur Regulierung der europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen. Damit übernimmt die EU Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping zurückzudrängen.

Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen angesehen werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und Gemeinschaften vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt. Produkte aus dieser heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit, welches gerade verhandelt wird, muss daher konsequent umgesetzt werden.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir fair gestalten. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries, die es diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.

5. Mehr EU in Europa

Erweiterungsperspektiven

Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU, ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den acquis communautaire, vollumfänglich übernehmen.

Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den langwierigen und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts. Es muss deutlich sichtbarerer werden: Allein das Reformtempo in den Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Deswegen wollen wir den Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen anerkennen, zum Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein Stillstand der Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf dem Kampf gegen Korruption und Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-Antikorruptionsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

Westbalkanstaaten

Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses Beitrittsversprechen darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess intensiv unterstützen. Die

Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

Ukraine

Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Millionen Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg mutig entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen Sicherheitsgarantien.

Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen die russischen Angriffe zu stärken.

Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über die Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine schaffen.

Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur globalen Ernährungssicherung bei.

Georgien und Moldau

Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent unterstützen.

Europäische Nachbarschaft

Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.

Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im ausgeprägten europäischen Interesse.

Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran arbeiten, ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie kann in der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

Türkei

Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der europäischen Familie hat.

Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt. Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen europäische Interessen. Die

anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine schwierige Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus engagiert.

Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin für die NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschlägt.

Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd*innen und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Folge leisten.

Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische Zivilgesellschaft, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

6. Ein starkes Europa in der Welt

Die östliche Nachbarschaft der EU

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent. Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen Regimes und für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen

sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen. Armeniens Weg für mehr politische Teilhabe und persönliche Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um Bergkarabach massiv erschwert. Wir begrüßen daher die EU-Beobachtungsmission in Bergkarabach als wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Sicherheit in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt, Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde mundtot gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

Transatlantische Beziehungen

Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen. Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden entgegenzutreten.

Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn die soziale und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

China

Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung in China. Sie trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen globalen Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung des Verhältnisses zu China ein.

Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte, eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.

China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz Kritischer

Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in der gesamten EU gewährleistet werden.

Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.

Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in der Provinz Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.

Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an, dass das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch zu intensivieren.

Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten. Dies gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für Kooperation.

Naher Osten und Nordafrika

Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt, und in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der europäischen Nahostpolitik stehen.

Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um Strukturen jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere Verantwortung.

Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst Fluchtgründe schaffen.

Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische Prinzipien und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür ein, dass die EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und erweitert. Die iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten.

Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten Schutz und die Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen.

Afrika

Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften, die dazu beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den

produzierenden Ländern vor Ort und ihrer Nachbarschaft zur Verfügung stehen müssen.

Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein Schritt in Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente und trägt als attraktives europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen Strukturen geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau beitragen. Eine besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet. Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Im Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen werden.

Indopazifik

Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte stärken. Auch die tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner im indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter ausbauen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022 mit Japan als erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region, zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die Bereitstellung globaler digitaler Güter an und

wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte in Grenzregionen ein.

Lateinamerika

Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch unsere Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei der Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist eine starke Zivilgesellschaft essenziell. Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*, Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um seine Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften können nur dann erfolgreich sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn von Seiten der Partnerländer umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche, einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart werden. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes geben. Dadurch stellen wir sicher, dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika intensiviert und gleichzeitig Menschenrechte garantiert und das Weltklima geschützt werden.